Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Oktober 1926
Sonnabend Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernruf: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,85 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * Bild im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraßenecke 11. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 484
16. 10. m

Der deutsche Gesandte bei Vandervelde

Rede des belgischen Außenministers über die Kriegsschuld

Brüssel, 15. 10. (Sonderdienst der DTU)

Außenminister Vandervelde empfing heute den Besuch des deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn v. Keller, und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Ueber den Inhalt der Unterredung wird größte Zurückhaltung gewahrt; es wird aber angenommen, daß es sich hauptsächlich um die gestrige Rede Vandervelde's auf dem Bankett der ausländischen Journalisten handelte.

a. **Paris**, 15. 10. (Eigenbericht)

Die Rede, die der belgische Außenminister Vandervelde gestern vor den Brüsseler Vertretern der ausländischen Presse gehalten hat und in der er erklärte, daß Belgien an der bekannten Kriegsschuld über die Kriegsschuld festhalte und daß zwischen Briand und Stresemann in Thoiry nur allgemeine politische Probleme gestreift worden seien, hat hier beträchtliches Aufsehen hervorgerufen. Der „Intransigeant" gibt einer hier weit verbreiteten Stimmung Ausdruck, wenn er bemerkt, es sei recht merkwürdig, daß man durch Vermittlung des belgischen Außenministers, der an den Unterhaltungen nicht beteiligt war, zu erfahren beginne, was sich in Thoiry eigentlich tatsächlich abgespielt habe.

Französische Handelsdelegierte kommen nach Berlin

a. **Paris**, 15. 10. (Eigenbericht)

Handelsminister Bokanowski äußerte sich in einer hier seit kurzem in deutscher Sprache erscheinenden Wochenzeitung über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in folgender Weise: „Die französische Regierung ist seit überzeugt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas nicht möglich ist ohne die etwa Zusammenarbeit nicht nur der verschiedenen Regierungen, sondern auch der benachbarten Wirtschaftssysteme, die sich in vielfacher Hinsicht, wie diejenigen in Deutschland und Frankreich, ergänzen. Aus diesem Grunde hat man sich auf beiden Seiten die größte Mühe gegeben, um das provisorische deutsch-französische Wirtschaftsabkommen zum Abschluß zu bringen, dessen Auswirkungen sich bald genau erkennen lassen werden. Aus diesem Grunde studieren wir auch unermüdlich die Grundlagen eines endgültigen Abkommens, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stabilisieren. Wir sind überzeugt, daß diese Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wohltätige Folgen haben wird nicht nur für die nationale Zukunft der beiden Länder und für ihre politischen und geistigen Beziehungen, sondern darüber hinaus auch für das Gedeihen ganz Europas."

★

W. T. B. meldet: Gemäß einer in dem Zeichnungsprotokoll zu dem Saarabkommen vom 5. August dieses Jahres enthaltenen Vereinbarung wird Anfang nächster Woche der Direktor im französischen Handelsministerium, Herr Serruys, in Begleitung des Herrn Arnal vom französischen Außenministerium nach Berlin kommen, um mit den deutschen Stellen über die Ergänzungen zu beraten, die dem genannten Abkommen im Hinblick auf die privatwirtschaftlichen Eisenverhandlungen zu geben sein werden.

Polnisches Intrigenspiel

W. T. B. meldet: Die polnische Telegraphenagentur bringt Nachrichten über die angebliche Absicht der deutschen Regierung, 80 000 polnische Arbeiter aus Deutschland auszuweisen. Diese völlig aus der Luft gegriffene Meldung kann nur bezwecken, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu stören. Absichten, polnische Arbeiter auszuweisen, bestehen bei den maßgebenden deutschen Stellen nicht. Wie üblich, werden auch in diesem Jahr die polnischen Saisonarbeiter nach beendeter Arbeit in ihre Heimat zurückkehren. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um behördliche Maßnahmen, sondern um die jahrzehntelate spontane Wanderbewegung der Saisongänger.

Tagung des Völkerbundsrats in Berlin?

Formeller Beschluß auf der Dezembertagung

a. **Paris**, 15. 10. (Eigenbericht)

Der „Petit Parisien" bringt heute die Nachricht, daß der Völkerbundsrat im nächsten Jahre seine Sitzungen in Berlin abhalten soll. Der Rat, an dem im März und Dezember des Jahres die Sitzungen des Völkerbundsrates stattfinden, kann wechseln. Zuerst war Rom und Paris als Sitz dieser Konferenz, und seinerzeit, bevor Spanien und sein Desinteressement an den Arbeiten des Völkerbundes bekundete, war Madrid in Aussicht genommen worden. Der formelle Beschluß, an der Spree zu tagen, wird wohl bei der Dezembertagung gefaßt werden.

sch. **Genf**, 15. 10. (Eigenbericht)

Das hiesige Morgenblatt „Suisse" meldet, Deutschland werde auf der Tagung des Völkerbundsrates im Dezember beantragen, die Märztagung in Berlin abzuhalten. Der Antrag dürfte nach Ansicht des Blattes angenommen werden.

★

Wie wir zu den obigen Meldungen erfahren, hat die Abhaltung der Märztagung des Völkerbundsrates in Berlin große Wahrscheinlichkeit für sich. Bekanntlich hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf der letzten Völkerbundsratstagung auf den Vorschlag zugunsten des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch verzichtet. Es ist auch bekannt, daß der deutsche Außenminister auf der Dezembertagung des Völkerbundsrates den Vorsitz führen wird. Der Vorsitzende der Ratstagung pflegt den nächsten Tagungsort vorzuschlagen.

Hohenzollernvergleich angenommen

Das Ende eines schweren innerpolitischen Zwistes

Der Preußische Landtag hat Freitag abend das Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden preußischen Königshauses mit 258 gegen 37 Stimmen bei 65 Enthaltungen angenommen. Kommunistenumulte im Saal und auf den Tribünen konnten ziemlich rasch erstickt werden.

Nach der entscheidenden Abstimmung schritt man zur Erledigung der vorliegenden insgesamt neun kommunistischen Mißtrauensanträge.

Zunächst wurde der gegen das gesamte Staatsministerium gerichtete Antrag mit 202 gegen 44 Stimmen abgelehnt. 118 Abgeordnete enthielten sich, nämlich Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, beide wegen der Begründung. Die Wirtschaftspartei beteiligte sich an den Abstimmungen überhaupt nicht. Der Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten wurde mit 201 gegen 52 Stimmen bei 22 Enthaltungen abgelehnt.

Bei dem Mißtrauensvotum gegen den neuen Innenminister Grzesinski, das als einziges man die Begründung mit der Haltung zur Hohenzollernvorlage eingebracht war, stimmten auch die Deutschnationalen und die Völkischen mit den Kommunisten. Der Antrag wurde mit 206 gegen 114 Stimmen bei 35 Enthaltungen abgelehnt.

Abgelehnt wurden gleichfalls folgende Mißtrauensvoten: gegen den Finanzminister mit 206 gegen 39 Stimmen bei 140 Enthaltungen, gegen den Handelsminister mit 203 gegen 45 Stimmen bei 44 Enthaltungen, gegen den Landwirtschaftsminister mit 213 gegen 38 Stimmen bei 40 Enthaltungen, gegen den Volkswohlfahrtsminister mit 205 gegen 44 Stimmen bei 36 Enthaltungen, gegen den Justizminister mit 204 gegen 43 Stimmen bei 39 Enthaltungen, gegen den Kultusminister mit 205 gegen 48 Stimmen bei 30 Enthaltungen.

(Stimmgebnis siehe auf Seite 2)

★

Die Entscheidung ist gefallen, die Güertrennung zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern vollzogen, eine der gefährlichsten innerpolitischen Konfliktsmassen zugeschüttet.

Nahezu acht Stunden benötigte das Preußenparlament, um dieses erlösende Gesetzwerk gesetzgeberische Wirklichkeit werden zu lassen. Es war bei Scherz und Schimpf sich seiner geschichtlichen Rolle offenbar nicht allzu sehr bewußt. In der Tat hatte es bei der erdrückenden Mehrheit, die sich für die Annahme der Vergleichsvorlage des Staatsministeriums erklärt hatte, im wesentlichen nur noch eine technische Aufgabe zu lösen: die Ueberwindung der kommunistischen Obstruktion, die dem Unaufsichtsamen tausendfaches Stunden den Weg versperrte. Bis zum letzten Augenblick hielt die Fraktion Pieck ihren papierenen Widerstand durch; fix gewann bei jedem Paragraphen, bei jedem Aenderungsantrag zu namentlicher Abstimmung. Stunde um Stunde schnarrten die Alarmsignale, sammelte man die bunten Karten, vernahm man jedesmal nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses das „Pfui!" des kommunistischen Theaterzumutlichen — wohlgemerkt in Mezzoforte, denn der aufgewandte Ordnungsapparat mahnte zur Vorsicht. Diese Sitzung hat unter anderem gelehrt, wie mit den Kommunisten umzuspringen ist. Erst ganz zum Schluß, als die Vorlage schon angenommen und nur noch für ein bischen Agitationsrummel zu sorgen war, wurde die große Donnermaschine angedreht und mit Gebrüll, hie und da auch wieder mit der Faust über die „Einheitsfront der Hohenzollernfrechheit" hergeholen, über diese „Räuber", die es gewagt haben, die arme biedere K. P. D. ihres besten zugrüstigsten Agitationsstoffes zu berauben.

Dies ist der große Gewinn des gestrigen Tages, daß er einen Friedensabschluß bedeutet. Ein Vertrag ist rechtskräftig geworden, der die Auseinandersetzung zwischen Preußenstaat und Hohenzollernhaus abzuwickeln bezweckt. Von Parteien, die sich vergleichen, darf man voraussetzen, daß sie keine Bosheit gegeneinander mehr im Busen tragen. Der staatsrechtliche Scheidung mußte die wirtschaftliche und finanzielle folgen. Das Problem war verwickelt genug, um Jahre hindurch wie ein Alp auf unserem politischen Leben zu lasten. Es gebar Unheil und immer wieder neue Schwierigkeiten. Man muß an den Taumel des Volksentscheids denken, der den Eigentumsbegriff in einem ganzen Volke zu atomisieren drohte; an die monatelangen, zu Krisen und Konflikten aller Art aufwuchernden Reichstagsverhandlungen — Objekt waren ja praktisch bei alledem nur die Schlösser, Wälder und Kunstschätze der preußisch-hohenzollernschen Streitmasse —, um die politische und ideelle Bedeutung des gestrigen Parlamentsaktes zu ermessen.

Ob wirklich das, was in dem neuen Vergleich gegenüber dem alten dank der bayrischen Bremsen Entwicklung für den Staat hat herausholen lassen, die von gewissenlosen Agitatoren entfesselten Kämpfe lohnt? Wie mag jenen, die immer wieder den allzu geeigneten Stoff zum Feuerlegen bernunden, heute zu Mute sein, wo ihre Gesinnungsnachbarn, womöglich sie selber, durch die Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlag demokratischen und sozialistischen Minister das Verdammungsurteil über alle vergeblichen Gewaltexperimente gesprochen haben? Wer an die Entwicklung des deutschen Volkes zu politischer Reife glaubt, wird hoffen müssen, daß unser Volk aus den an diesem markanten Lehrstoff erlebten bitteren Erfahrungen gelernt haben möge, sich besser vor Demagogen zu hüten.

Noch ein anderes verdient hervorgehoben zu werden: ein Moment aus dem Problemkreis des Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung. In dem Zwang, das ihnen inhaltlich sehr unbequeme Gesetz von ihren Anhängern verteidigen zu müssen, erkennen die Sozialdemokraten dagegen, plötzlich die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Gefolgschaft, zu deutsch: einer Unterordnung des Parlaments gegenüber der Regierung an. Das Parlament muß nicht in jede Einzelheit hineinreden wollen. Richtig. Das haben wir auch schon bei ähnlichen früheren Vorgängen bemerkt, als es freilich der Linken weniger gemehrt war, der Regierung die Vertrauensantwortung und, zumungunsten der Parlamentsrechte den Vortritt zu lassen. Mehr als einst Dr. Luther mit dem Reichstag dürfen Dr. Höpker-Aschoff und sein Kabinett mit dem Landtag zufrieden sein.

Vielleicht hat das Parlament durch diese feine Schelte Bewegung hinein, daß dessen wieder gutgemacht, was es an schlechtem Benehmen sich zuschulden kommen ließ. Im Ausland wird der Abschluß der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen dem ehemaligen König von Preußen und dem heutigen preußischen Staat zweifellos als ein sicherer Beweis unserer inneren Konsolidierung aufgefaßt werden. Mit Recht. Das Märchen von einer Rückkehr des Kaisers wird im Ausland ebenso verstummen, wie bei uns der Glaube an die Möglichkeit eines Umsturzes verfestigt ist. Klare, geordnete Verhältnisse drinnen helfen unser Ansehen draußen erhöhen.

H. W.

Demission des Wiener Kabinetts

Dienstag Zusammentritt des Nationalrats

kbg. **Wien**, 15. 10. (Eigenbericht)

Die Regierung Ramek hat heute ihre Demission gegeben, weil ihr die Gehaltsforderungen der Staatsangestellten aus budgetären Gründen unerfüllbar erscheinen. Für Dienstag ist der Nationalrat einberufen. Bis zur Wahl der neuen Regierung durch den Nationalrat wird das Kabinett Ramek die Geschäfte führen. Es gilt als fast sicher, daß nunmehr wieder der frühere Bundeskanzler Seipel an die Spitze der Regierung treten wird.

Rücktritt des ungarischen Kabinetts abgelehnt

kbg. **Wien**, 15. 10. (Eigenbericht)

Der ungarische Reichsverweser hat die Demission des Kabinetts Bethlen nicht angenommen, sondern den Ministerpräsidenten seines unerschütterlichen Vertrauens versichert.

Budapest, 15. 10. Der Reichsverweser hat die vakanten Ministerposten folgendermaßen besetzt: Aeußeres: Walko, der bisherige Handelsminister; Inneres: Sciovszky, der bisherige Präsident der Nationalversammlung; Handelsminister: Prof. Hermann, Abgeordneter.

Kampf um Herriots Nachfolger in der Parteiführung

a. **Paris**, 15. 10. (Eigenbericht)

Der Parteitag der radikalen Sozialisten beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit Fragen der Parteiorganisation. Das große Interesse richtete sich jedoch auf die Vorgänge hinter den Kulissen, wo der Kampf um die Person des neuen Parteipräsidenten seinen Höhepunkt erreicht hat. In den heutigen Nachmittagsstunden ist diese Frage noch immer vollständig ungeklärt. Die Kandidatur Malvys stößt auf vielfachen Widerspruch, weil man bezweifelt, daß er diesem Posten gewachsen sei. Daladier wird von dem gemäßigten Flügel der Partei abgelehnt, Chautemps für zu jung gehalten, Sarraut bleibt vorläufig bei seiner Absage, die er mit Gesundheitsrücksichten begründet. Der Kampf um die Führerschaft, der unter den vielen Gruppen der Partei entbrannt ist, scheint den Kongreß in große Verwirrung gebracht zu haben, aus der sich um so schwieriger ein Ausweg finden läßt, als man allgemein Wert darauf legt, den neuen Präsidenten möglichst einstimmig oder doch möglichst mit großer Mehrheit zu wählen. Es soll nicht an Versuchen, Herriot zur Rücknahme seiner Demission zu veranlassen, was bisher dieser jedoch abgelehnt hat. Die letzten Nachrichten besagen, daß Malvy entschlossen sei, an seiner Kandidatur festzuhalten, auf die er nur zugunsten Sarrauts verzichten werde.

Eisenbahnattentat in Rußland

Riga, 15. 10. (Sonderdienst der DTU)

Mehrere Leningrader Zeitungen berichten über einen Nachtkampf in der Nähe des Dorfes Schutzef zwischen Abteilungen der Roten Armee und einer angeblichen Räuberbande. 78 Mitglieder dieser Räuberbande seien gefangengenommen worden. Zur Niederkämpfung dieser Bande hatten die Behörden einen regelrechten militärischen Feldzug organisiert. Moskau bestätigt, daß die noch nicht festgenommenen Räuber gestern zwischen Leningrad und Pskow einen Personenzug zur Entgleisung brachten. Die Zahl der Toten ist noch unbekannt; bisher wurden sechs Leichen geborgen.

Die Reserviste neinberufung in der Türkei

Konstantinopel, 15. 10. (Sonderdienst der DTU)

„La République", die französische Ausgabe der „Dschumhuriet", erklärt heute morgen, Italien bereite einen Krieg gegen die Türkei vor und beabsichtige das Gebiet von Adalia in Kleinasien zu besetzen. Die Zeitung fügt hinzu, die Türkei habe ihre Armeekorps in der bedrohten Zone mobilisiert.

Diese Meldung ist mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß hier große Nervosität herrscht. Beim Abschied der Armenenöfer äußerte sich Kemal Pascha: „Ich bin überzeugt, daß die Armee im kritischen Augenblick ihre Pflicht erfüllen wird."

London, 15. 10.

Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, wird von morgen an die Seite erklärt, daß die Zeitungsmeldungen über eine türkische Mobilisierung unzutreffend sind.

★

In einem Teil unseres Blattes hatten wir bereits die Meldung des Konstantinopeler Sonderdienstes der „DTU" veröffentlicht, daß die Jahrgänge 1903 und 1904, die planmäßig erst im Frühjahr 1927 einberufen werden sollten, schon jetzt in die Armee eingestellt werden sind, ohne daß die Oeffentlichkeit den Grund dieser vorzeitigen Einberufung erfuhr. Auf diese Reservisteneinberufung bezieht sich das Reuter-Dementi zweifellos nicht. Die vorzeitige Einstellung von Reservisten ins Heer bedeutet noch keine Mobilisierung.

Letzter Sport-Bericht

fr. **Mailand**, 15. 10. (Eigenbericht)

Das offizielle Ergebnis der Coppa d'Italia liegt nun vor: Danach besiegte die Stuggarder Avia mit 1965 Punkten den ersten Platz vor Mailand mit 1065, Messerschmitt mit 975 und Udet mit 800 Punkten.

fr. **Mailand**, 15. 10. (Eigenbericht)

In Rom ging heute der Kongreß des Internationalen aeronautischen Verbandes zu Ende. Als Präsident wurde Graf Baillet wiedergewählt. Die nächste 21. Konferenz wird nächstes Jahr in Zürich stattfinden, und zwar anläßlich der dann vom schweizerischen Aeroclub veranstalteten großen aeronautischen Kundgebungen.

Polizeistunde 3 Uhr nachts

Ein Runderlaß des Innenministers

Bei der Amtseinführung des neuen Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel hatte sich, wie wir meldeten, der preußische Innenminister Grzesinski dahin geäußert, er werde in der Frage der Polizeistunde das, was er als Polizeipräsident für richtig gehalten habe, auch als Minister weiter verfolgen. Für eine wieder aufblühende Stadt wie Berlin sei diese Angelegenheit eine Frage der Freiheit des Bürgers, die man nicht beschränken dürfe. Der Minister hat dieser Zusage schnell die Tat folgen lassen. — Amtlich wird gemeldet:

Der preußische Minister des Innern richtete an die Ober- und Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin unter dem 15. d. Mts. folgenden Runderlaß: „Zum Zwecke der Neuregelung der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften bestimme ich in Abänderung der Verordnung der Schankerlaubnis und Polizeistunde vom 20. Juni 1923 unter Aufhebung meines früheren Runderlasses vom 25. März 1924 folgendes:

Der Beginn der Polizeistunde ist festgesetzt: a) in Städten von 100 000 bis 300 000 Einwohnern auf 1 Uhr, b) in Städten von mehr als 300 000 Einwohnern auf 2 Uhr, c) in Berlin auf 3 Uhr. Die örtlichen Polizeibehörden werden ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedürfnis für einzelne Veranstaltungen aus besonderem Anlaß vorübergehend allgemein eine Verlängerung der Polizeistunde zuzulassen. Eine vorübergehende allgemeine Verlängerung der Polizeistunde darf nur nach Anhörung der Fachorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und nach sorgfältiger Prüfung der Bedürfnisfrage erfolgen. Für Kur- und Badeorte kann wegen der Sommer- und Wintersaison die Polizeistunde allgemein verlängert werden."

★

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß in der Tat für eine Beibehaltung der Polizeistunde in ihrer jetzigen Form keinerlei Gründe mehr geltend gemacht werden könnten, und daß eine Verlängerung im Interesse weiter Kreise der Wirtschaft liege.

Kabinettssitzung über Dorpmüller

Heute Stellungnahme des Verwaltungsrates und Vorschlag an den Reichspräsidenten

Das Reichskabinett hat sich gestern abschließend mit der Persönlichkeit der Wahl des stellvertretenden Generaldirectors der Reichsbahn Dr. Dorpmüller zum Generaldirektor der Reichsbahn beschäftigt. Es prüfte den in Vorschlag gebrachten Entwurf einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn. Die Stellungnahme des Verwaltungsrates der Reichsbahn soll heute erfolgen. Je nach dem Ausfall dieser Stellungnahme wird das Reichskabinett seinen Vorschlag dem Reichspräsidenten unterbreiten.

★

Da die Anwesenheit des Reichsfinanzministers in Berlin wegen der Thoiry-Verhandlungen dringend notwendig geworden war, hat sich Dr. Reinhold in einem vorzeitigen Urlaub seines Urlaubs entschlossen. Es ist gestern hier wieder eingetroffen und hat bereits an der Kabinettssitzung über Dr. Dorpmüller teilgenommen.

Urteil im Kattowitzer Prozeß

Kattowitz, 15. 10. (Wtb.)

Am Freitagabend um 5/11 Uhr wurde im Prozeß gegen elf Mitglieder des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien das Urteil verkündet: Sämtlichen Angeklagten wurden milderende Umstände zugebilligt. Es wurden verurteilt: Gantzer zu zwei Jahren Festungshaft, Thomas und Frl. Ernst zu je 1½ Jahren Festungshaft, Minkowski zu einem Jahr Festungshaft, Kussin, Jenger, Sawiacki, Sinolski, Tujlang zu je sechs Monaten Festungshaft. Die Angeklagten Urbanitzky und Kolbay wurden freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll angerechnet. Hoffentlich: Es wurde verurteilt: Gantzer zu zwei Jahren Festungshaft, Thomas und Frl. Ernst zu je 1½ Jahren Festungshaft, Minkowski zu einem Jahr Festungshaft, Kussin, Jenger, Sawiacki, Sinolski, Tujlang zu je sechs Monaten Festungshaft. Die Angeklagten Urbanitzky und Kolbay wurden freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll angerechnet. Hoffentlich: Es wurde verurteilt: Gantzer zu zwei Jahren Festungshaft, Thomas und Frl. Ernst zu je 1½ Jahren Festungshaft, Minkowski zu einem Jahr Festungshaft, Kussin, Jenger, Sawiacki, Sinolski, Tujlang zu je sechs Monaten Festungshaft. Die Angeklagten Urbanitzky und Kolbay wurden freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll angerechnet.

London, 15. 10. Der König hat den bisherigen Botschafter in Rom, d'Abernon, zum Ritter des Großkreuzes des Hosenbandordens ernannt.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse vom 4 Uhr nachmittags

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Tägl. Geld	5	5	Lond. 60T.	4,8071	4,8031
Bankdiskont	5	5	Paris	2,8161	2,865
60 Tage B	3½	3½	Brüssel	2,015	2,005
do. do. G	3½	3½	Amsterd.	40,02	40,20
Fr. Bankdiskont	3	3	Zürich	19,34	19,31
Amtl. Kurs	4½	4½	Oslo	23,38	23,52
Amtl. Geld	4½	4½	Kopenh.	26,60	26,60
Berlin Mittelk.	23,81	23,81	Prag	12,4375	12,4625
bez.	—	—	Rom	4,195	4,205
London	4,8075	4,8075	Madrid	23,13	23,46
Kabel Tr.	4,855	4,855	Silber	54	55½

New York, Produktenmarkt

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Kaffee Santos	20½	20½	Weizenmehl	8,50	8,50
- Rio Jan.	16½	16½	Rohzucker Bakis.	3,50	3,50
- Santos	14,76	14,95	Schmalz West.	14,10	14,50
- Rio	14,35	14,35	Talg extra inc.	8½	8½
- Rai	14,10	14,35	Sw. Saatöl loko	9,25	9,25
- Dez.	13,78	14,00	- Okt.	9,25	9,16
- Sept.	13,45	13,64	Petroleum Gasoline	19,15	19,15
Baumwolle loko	13,60	13,70	- Tank-	8,75	8,75
- Dez.	13,35	13,46	- Stand wh.	15,75	15,75
- Januar	13,45	13,54	Kupferpr. Kabel	3,45	3,45
- März	13,66	13,75	Zinker Denver	5,75	5,81
- Mai	13,87	13,97	- Januar	5,76	5,79
Zufuhr	87 000	81 000	Blei	5,70	5,74
Kupfer elektr.	14,75	14,10	Zinkstaub crom.	42½	42½
Zinn	71,75	71,30	- stark	42½	42½
Blei	8,35	8,35	Ferpolin	91½	91½
Zink	7,37	7,32	- Darmstadt	84	84½
Eisen	20,00	20,00	Gummi R. Gr.	14,35	14,35

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Weizen, rot	150½	150½	Kohl, Sp.	1,15—1,35	1,15—1,35
Hartwinter	148½	148½	Erdnüsse	5,50—6,00	5,50—6,00
Mais	84½	85½	Kaffeetermin	25—30 cts	25 cts.

Chicago, Produktenmarkt

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Weizen Dez.	139½	140½	Schmalz Januar	13,55	13,50
Mai	142½	144½	Rippen Oktober	12,75	12,75
Mais Dez.	74½	77½	Speck	14,75	14,75
Mai	76½	79½	Schweine	10,25	10,25
Hafer Dez.	43½	43½	Schweine Schlachtw.	13,90	13,85
Mai	47½	48½	Schweine Zufuhr	12,000	12,500
Roggen Dez.	99½	99½	Schweine Schlachtw.	14,00	13,80
Mai	102½	103½	Zufuhr Chicago	16 000	23 000
Schlacht Ochs	13,95	13,75	Wetter	73 000	84 000

Amerikas Verhältnis zu Deutschland

Privatdozent **Dr. F. Schönemann**

Daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Waffenstillstand anders, d. h. verständiger und anständiger zu uns verhielten als alle übrigen anderen Feinde, neben Frankreich und England, ist wohl allen Deutschen klargeworden. Amerikas Bemühungen um unsere Ernährung sind geschichtlich. Soweit ein Volk überhaupt Dankbarkeit empfinden kann, wird das auch unvergessen bleiben. Weit weniger klar dürfte den meisten Deutschen jedoch sein, was an diplomatischen Anstrengungen nötig war, um überhaupt Hilfe an uns heranzubringen, und schließlich, warum Amerika das alles tat.

Von amerikanischer Seite ist soeben die erste geschichtliche Darstellung über das Verhältnis zu uns während der Jahre 1918 bis 1925 erfolgt, und zwar auf Grund amtlichen und halbamtlichen Materials.*) Ihr Verfasser, Sidney Brooks, der u. a. über Polen und über Auslands Eisenbahnen gearbeitet hat, stand den Führern der früheren American Relief Administration nahe, vor allen Herbert Hoover. Eine dieser Persönlichkeiten, George Barr Baker, hat der Schrift ein Vorwort gegeben, das sich „Ueber die Grundlagen der Beziehungen zwischen zwei Völkern" betitelt, das aber einige amerikanische politische Vorurteile enthält, die auch in Brooks Buch vorhanden sind und zur Vorsicht mahnen. Im ganzen ist jedoch Brooks Auffassung ehrlich und voll neutralen Wohlwollens, und seine Darstellung würdig und einsichtsvoll. Geschichtlich steht fest, daß Amerikas Kriegseintritt nicht durch „eine Reihe von Fehlern und Angriffen" seitens gewisser Personen in der deutschen Regierung „verursacht" wurde. Ebenso macht sich Baker den Betrag mit Wilsons vierzehn Punkten zu leicht.

Wenn es auch hundertmal so ausah, als ob das deutsche Volk sich hinter Wilsons Programm flüchten oder retten wollte, und selbst wenn es das wirklich getan hätte, vor der Weltgeschichte bleibt bestehen, daß Wilsons vierzehn Punkte von den Alliierten ausdrücklich in aller diplomatischen Form und mit den zwei bekannten Vorbehalten angenommen wurden und daß auch die Linke an solche „offene Diplomatie" gebunden war. Wilsons Verlagen in der großen Weltkrise, und damit auch das der amerikanischen Regierung, beginnt hier recht eigentlich. Verantwortlich amerikanische Schriftsteller stellen das nach wie vor recht leichtherzig hin. Auch Sidney Brooks tut das (S. 100 ff).

Gesehe manche amerikanische Vorwürfe einer falschen psychologischen Einstellung Deutschlands gegenüber amerikanischen Kriegs- und Friedensmotiven berechtigt sein mögen, alles Lieb' und Leid gemeinsamen Verhaltens der beiden Völker zueinander erklärt sich nun doch nicht aus bloßer falscher Psychologie, sondern aus Tatsachen. Präsident Wilson hatte es sich außerdem gleich zu Anfang seiner politischen Laufbahn angewöhnt, alles Historische und Diplomatische psychologisch zu erledigen; er hat damit den amerikanischen Historikern ein geschichtliches Vorgehen, was nur zu oft eine wirkliche Klare und objektive geschichtliche Einschätzung verhindert.

Brooks Buch beginnt mit einem Bilde der deutschen Zustände von 1918, wie sie sich in amerikanischer Auffassung spiegelten. Danach war es eine bemerkenswerte Tatsache, daß Deutschland überhaupt zusammenhielt. Sowohl das Kriegsende in Sicht war, begann auch schon Hoover seine Untersuchung der Welternährungslage und seinen weltbestrickt gewordenen Plan. Nach dem Waffenstillstand erreichte Hoover sofort in eine Konferenz mit den Alliierten über die Aufhebung der Blockade. Dieser dokumentierte Bericht ist der aufschlußreiche Teil der ganzen Darstellung. Alle praktischen Bemühungen Amerikas um Deutschlands Ernährung fanden sich immer wieder durch die politischen Absichten der Alliierten, im besonderen durch die rein militärische Blockadepolitik der Franzosen gehemmt und durchbrochen. Nicht weniger wichtig ist jedoch, daß Hoovers klare, vernünftige Forderung an die innerpolitischen Alliierten durch Präsident Wilson keineswegs die entsprechende notwendige Stützung erfuhr. Wilsons Interesse an der ganzen Sache war nicht groß, und außerdem mußte seine Administration auf innerpolitische Verhältnisse und Stimmungen Rücksicht nehmen. Hoovers zahlreiche, immer dringlichere Berichte flogen hier das amtliche Washington ebenso an wie General Allens Feststellungen in seinem Rheinland-Tagebuch bei Fragen von wichtigen Entscheidungen in der Offupationsheit.

Der Amerikaner zeigt volles Verständnis für die französische Haltung, die er eigentlich stets einsichtig, ohne immer auch der ebenso leicht begreiflichen deutschen Stellungnahme in den einzelnen Problemen gerecht zu werden. Er erkennt auch nicht den letzten brutalen politischen Zweck der Blockade, die einfach als Pistole diente zur Erzwingung der deutschen Unterschrift. Dem amerikanischen Standpunkt aus war freilich der wirtschaftliche Unfug des französischen Denkens entschieden, wie Brooks einmal feststellt: „Irgendwo unterte die Vergangenheit (d. i. Frankreichs Leiden in den Kriegsjahren) nicht harte wirtschaftliche Tatsachen der Gegenwart." Solch nüchternes wirtschaftliches Denken lag dem ganzen amerikanischen Interesse an Deutschland zugrunde, wie man aus Hoovers Memorandum vom 31. März 1919 ersehen kann. Am Ende von Brooks' Schrift heißt es denn auch: „Die Anregungen dieser einflußreichen Amerikaner sind nicht deshalb gemacht worden, weil diese zu Deutschlands Gunsten voreingenommen waren, sondern aus dem weitherzigen Begreifen heraus, daß Deutschland sich erholen müsse, falls es je wirtschaftlichen Frieden im Westen geben solle. An solchem Wunsch hatten Katechismen des Hasses keinen Teil." Sollte nicht aber gleichfalls die eine Tatsache feststehen, daß im Grunde Amerika von allen

*) America and Germany 1918—1925 by Sidney Brooks, Macmillan Company, New York.

Mahnworte Hindenburgs

tl. **Braunschweig**, 15. 10. (Eigenbericht)

Bei seinem bereits gemeldeten Besuch im Rathaus wurde dem Reichspräsidenten auch das Gästebuch der Stadt, das „Goldene Buch" vorgelegt, in das er sich als erster einzeichnete. Anschließend begrüßte er die im Gildehaus versammelten Innungsmeister und nahm mit tiefen Dankesworten einen Ehrentrunk entgegen. Es fand weiter eine Besichtigung des Domes und der Burg Dankwarderode statt, wo nur in aller wirtschaftliche, kulturelle und nationale Wiedergebung erreichen.

Zusammenarbeit von Ländern und Reich ist aber nur der eine Pfeiler unseres Wiederaufbaues; der andere ist

die Zusammenfassung der Deutschen zur Einheit in allen Dingen,

welche die deutsche Nation und ihre Zukunft angehen. Auch hier gilt es, daß wir uns nicht an staatsbürgerlichen und nationalem Gemeinschaftsgefühl noch viel gewinnen müssen. Deshalb rufe ich von hier aus allen Deutschen, ihre politischen Herzen, die Aufforderung, in ihrer politischen und wirtschaftlichen Tagesarbeit für den Gedanken der Einigung im äußeren Volke zu arbeiten und zu leben. Wir Deutschen haben noch einen schweren und dornenvollen Weg zu wandern, bis wir die äußere Freiheit und die innere Wiedererstarkung gewonnen haben. Wenn wir diesen Weg unerschütterlich, geeinigt in in Dulden und Wollen gehen, werden wir unser hartes Schicksal leichter tragen und sicherer meistern. Darum, meine Freunde, müssen wir einig sein in allen Gli